

I.

Bergbauartige Versuche im ehemaligen Paderborner Amte Oldenburg.

Von Studienrat Dr. Mönts, Hattingen.

Im äußersten Osten des ehemaligen Hochstifts Paderborn, im Norden an Lippe, im Osten an das Fürstentum Corvey angrenzend, lag das Amt Oldenburg. Bevor diese Gegend an Paderborn kam, bildete sie mit dem östlichen Teile des Fürstentums Lippe die Grafschaft Schwalenberg. Als das Geschlecht der Grafen von Schwalenberg um 1365 im Mannesstamme ausstarb, gelangte dieses Gebiet unter die gemeinsame Regierung von Paderborn und Lippe. So entstanden die sogenannten Samtämer Oldenburg-Swalenberg-Stoppelberg. Das Condominat war natürlich die Quelle von ununterbrochenen Reibereien zwischen beiden Regierungen. Zahlreiche Schriftstücke zeugen von den „Frrungen“ zwischen Paderborn und Lippe und bilden jetzt eine wertvolle Quelle für die Geschichte jener Gegend, die noch wenig erforscht ist. Die Akten und Urkunden der ehemaligen Paderborner Verwaltung befinden sich zum größten Teil im Staatsarchiv zu Münster, einiges davon birgt das Archiv des Vereins für Geschichte und Altertumskunde in Paderborn; die Akten der lippischen Regierung werden im Landesarchiv zu Detmold aufbewahrt. Dort befindet sich auch der größte Teil der Quellen¹⁾ für die folgende Abhandlung über die bergbaulichen Versuche im Amte Oldenburg.

In der Darstellung, die dem Bergbau und den industriellen Unternehmungen im Hochstift Paderborn in dieser Zeitschrift gewidmet ist,²⁾ wird der Bergbau bei Rischenau, Falkenhagen und Marienmünster nur ganz kurz erwähnt. In jüngster Zeit hat Prof. Dr. Weerth in Detmold den Bergbau bei Falkenhagen (Lipp. Amt

¹⁾ Lippisches Landesarchiv H III I Amt Oldenburg.

²⁾ Von Rnape in Bd. 70 II S. 250 und 303.

Schwalenberg) dargestellt,¹⁾ ohne aber die bergbaulichen Versuche im Amte Oldenburg bei seiner Untersuchung zu berücksichtigen. Beide Gebiete hängen indes eng zusammen, und das Erzvorkommen ist im einen wie im anderen daselbe.

Die Umgebung des ehemaligen Benediktinerklosters Marienmünster, in dessen Nähe die hier in Rede stehenden bergbaulichen Versuche größtenteils unternommen wurden, gehört geologisch²⁾ dem sog. Falkenhagener Liasgraben an. Dieser nimmt seinen Anfang etwas nordöstlich von Falkenhagen und streicht mit Unterbrechungen in südwestlicher Richtung bis in die Gegend von Nieheim-Deynhausen-Himmighausen. Die oberen Liaschichten, nämlich die Posidonien- und Zurenfischschichten, führen Schwefelkies. Dieses Erz ist häufig durch fickerndes Wasser bloßgelegt und tritt offen zu Tage. Durch seinen gelbschimmernden Glanz hat man sich in früheren Zeiten zu der Annahme verleiten lassen, daß edle Metalle, wie Gold oder Silber, darin enthalten seien.

Diesen Glauben scheint auch Graf Widukind von Schwalenberg gehegt zu haben, als er am 15. August 1260 dem Kloster Marienmünster seine Güter in Volkoldessen zu dauerndem Besitz übertrug gegen das Recht, auf allen Klosterbesitzungen nach Gold und Silber graben zu dürfen.³⁾ Es ist nicht überliefert worden, ob der Graf von seinem Rechte Gebrauch gemacht hat; sollte es geschehen sein, so ist er sicher ebenso enttäuscht worden, wie die vielen

¹⁾ Vergl. Mitteilungen aus der lippischen Geschichte und Landeskunde Bd. XII S. 72 ff. — Wenn ich im folgenden an einigen Stellen auf den Bergbau bei Falkenhagen eingehe, so wird das gerechtfertigt durch den engen Zusammenhang beider Bergbaugebiete, besonders aber durch die Tatsache, daß ich einige neue Mitteilungen dazu bringe.

²⁾ Vergl. Wegener, Geologie Westfalens und der angrenzenden Gebiete, 2. Auflage Paderborn 1926, S. 203, 206, 208, 445 und 447.

³⁾ W. u. B. IV Nr. 839 und diese Zeitschrift Bd. 46 II 165. Volkoldessen lag in der Nähe des Dorfes Entrup, dessen Bewohner um 1500 die Aecker dieses ausgegangenen Ortes bebauten (vergl. diese Zeitschrift Bd. 38 II 163). — Weerth erwähnt diese Urkunde ebenfalls als „ältesten Hinweis auf das Erzvorkommen im Falkenhagener Liasgraben“. Das ist richtig, aber dieser Hinweis kann sich nur auf das Erzvorkommen in der Nähe von Marienmünster beziehen, denn bei Falkenhagen war dies Kloster nicht begütert.

anderen, die nach ihm bei Marienmünster nach Edelmetallen geschürft haben. Die folgenden Schwalenberger Grafen scheinen sich nicht um die Bodenschätze ihres Ländchens gekümmert zu haben, wenigstens schweigen die Quellen davon. Aber das Erzvorkommen geriet nicht ganz in Vergessenheit, ja, man hatte es auch an anderen Stellen des Liasgrabens beobachtet. Die neuen Besitzer der Grafschaft Schwalenberg und ihre östlichen Grenz-nachbarn, die Braunschweiger, interessierten sich lebhaft für das „Bergwerk“. Welch große Bedeutung sie ihm beilegten, zeigt ein Vergleich aus dem Jahre 1532.¹⁾ Es geht daraus hervor, daß die drei Herrschaften bereits im Jahre 1527 wegen des „Irtumbß und der Gebrechen“ hinsichtlich des Bergwerks am Rötterberge bei Falkenhagen einen Vertrag zu Fürstenberg geschlossen hatten; da man aber etlichen Artikeln des Vertrages nicht nachgekommen war, kamen die Fürsten der drei Länder, nämlich Hermann, Erzbischof von Köln, als Administrator von Paderborn, Erich der Ältere, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, und Simon V., Graf zur Lippe, persönlich zusammen, um die Irrungen beizulegen. Herzog Heinrich der Jüngere war durch einen „Geschickten“ vertreten. Die irrigen Plätze wurden besichtigt, die gemeinsame Landesgrenze festgelegt²⁾ unter Hinzuziehung alter und verständiger Leute.

Da im Vertrage von 1527 der Bergwerksbezirk nicht genau abgegrenzt worden war, so wurden in dem neuen Vergleiche die Grenzen folgendermaßen bestimmt, um künftigen „Irtumb“ zuvorzukommen: Der Bergwerksbezirk wird begrenzt von der „Landschnede uff den Weg, der dar leufft von Boll uff Falkenhagen, und vort von Falkenhagen bis an den Hoyerweg (Hörter) und den Weg uff bis an de greniz des Stifts Corvey“. Von den Landschneden nach Polle zu soll so weit und breit abge-

¹⁾ Akten 18 im Archiv der Vereins für Geschichte und Altertumskunde in Paderborn.

²⁾ Folgende Orts-, Fluß- und Flurnamen werden dabei genannt: Die Blanke- und Balluna (sahl), Hamerzhen (Hummersen), die Lakehenke, Silber Sief, der Helleweg, die Hellebecke, Heidenberg, Hellenknock (knochen), Sief in den alden Burgen, Hode (oder Hoerde) Staken, Graben und Landwehr zwischen Burden und Falbroch (Wörderfeld und Wählbruch).

messen werden, „als uff dießer syden“. Den Amtleuten Hermann von Mengerßen zu Schwalenberg und Jürgen von Wreden zu Polle wird befohlen, „solche Bezirkung zu zeichnen und eigentlich nach bestem Verstande abzumessen. Und was dann also uff beiden syden an Erz und Bergwerk befunden wird, dasselbige soll vermuge des vurigen Vortrages gehalten und gleich geteilt werden“. Die Hälfte soll nämlich den Herzögen zu Braunschweig, die andere Hälfte dem Stift Paderborn und der Grafenschaft zur Lippe zufallen. Doch soll keiner der Fürsten in seiner Landeshoheit und Herrlichkeit beeinträchtigt werden, nur das Bergwerk soll zwischen ihnen gemeinsam sein. Die Herrschaft über die Dörfer oder Städte, die etwa im Bergwerksbezirke erbaut werden, soll allein dem Fürsten und Herrn zufallen, auf dessen Grund und Boden sie errichtet werden.

Die Hoffnung, die die Fürsten auf das Bergwerk setzten, war also recht groß, wenn sie sogar mit der Möglichkeit rechneten, daß dort im Bergwerksbezirk neue Städte und Dörfer entstehen könnten. Sie ließen es denn auch nicht an Bemühungen fehlen, um Unternehmer für das Bergwerk zu interessieren. 1536 erließen sie ein Privileg,¹⁾ das jenen, die den Bergbau in dem oben erwähnten Bezirke zu betreiben beabsichtigten, weitgehende Freiheit versprach. Man sagte ihnen freies Geleit, Verfügungsrecht über mitgebrachte Habe und an jedem Samstag einen zollfreien Markt auf dem „Kettensberge“ zu. Sie dürfen selbst backen, schlachten, brauen usw. und zollfreien Handel treiben. Von Steuern, Hofdienst und Zehnten sollen sie für drei Jahre befreit sein. Das nötige Bau- und Grubenholz wird aus den herrschaftlichen Forsten unentgeltlich geliefert. Alles gewonnene Silber und Blei sollen die Bergleute an die Kammer abliefern; das Silber soll ihnen vergütet werden mit 8 Gulden und einem Ort (= $\frac{1}{4}$ Gulden) für die Mark, der Zentner Blei mit 33 Goslarischen Schillingen.

Einen sofortigen Erfolg hatte dieses Privileg nicht. Erst 1543 ließen sich mehrere Adelige vom Grafen Bernhard VIII. mit dem lippischen Anteil des Bergwerks am

¹⁾ Vergl. Weerth S. 75.

Röterberge belehnen. Ob sie auch die Belehnung seitens Paderborn nachgesucht haben, steht nicht fest, ist aber anzunehmen, da ja beide Regierungen gleichberechtigt waren. Erfolg scheint der Beauftragte der adeligen Gewerken, Hans Hake, nicht gehabt zu haben. Fünfzig Jahre später finden wir Hans Ist aus Lemgo als Bergwerksunternehmer bei Falkenhagen. Der Paderborner Fürstbischof Dietrich von Fürstenberg erteilte am 19. Januar 1593 seine Zustimmung zu dem Unternehmen. Am 14. April desselben Jahres erhielt er „eingeschildt, ein prob erß auß der gruben bei Falkenhagen, welche reichlich Arabisch golt gibt, Gott sei Lob und Dank! Am folgenden Tage kam, der Vultschmidt Andreß aus Paderborn nach Neuhaus das golt von Falkenhagen zu probiren und uf die test zu sehen . . . Meister Andreß befindet das geichmolzene golt gans rein und Arabisch! Auch, dem Probirer zu Meschede wurde ettlich golt erß zugeschildt, solches zu probiren im Gehalt!“¹⁾

Wenn diese Angaben der Wirklichkeit entsprechen und Meister Andreß tatsächlich echtes Gold in der Probe gefunden hat, so kann das nur auf einen Betrug zurückgeführt werden. Möglicherweise hatte der Unternehmer Ist eine Probe eingeschickt, die gar nicht dem Bergwerk bei Falkenhagen entnommen war, oder er hatte, falls die Probe von dort stammte, ihr irgendwie Gold zugesetzt, um durch ein glänzendes Ergebnis den Fürstbischof zu bewegen, ebenfalls für das Unternehmen bei Falkenhagen Geld zur Verfügung zu stellen, wie es der Graf von der Lippe bereits getan hatte.²⁾

Als Ist und seine Genossen bei Falkenhagen ausgewirtschaftet hatten, kamen wieder andere, die sich mit dem Bergbau befaßten. Zu diesen gehörten auch Gabriel von Donop und Georg von Harthausen. Letzterer hat durch ein Schreiben³⁾ vom 18. Mai 1596 die lippische Regierung um die Erlaubnis, beim Kloster Marienmünster im Amte Oldenburg nach Steinkohlen und Erzen graben zu

¹⁾ Vergl. Bieler, Leben und Wirken Kaspars von Fürstenberg, Paderborn 1873, S. 368.

²⁾ Ueber die weitere Tätigkeit des Ist und den Verlauf des Bergbaues bei Falkenhagen vgl. Weerth S. 76 ff.

³⁾ Lipp. Landesarchiv H III I Amt Oldenburg.

dürfen. Den Bischof von Paderborn hatte er ebenfalls um seine Zustimmung gebeten. Lippischerseits wurde das Gesuch genehmigt und der Muttschein ausgestellt. Ob Georg von Harthausen irgendwelche Erfolge bei seinem Unternehmen gehabt hat, entzieht sich unserer Kenntnis, da weitere Akten hierzu nicht vorhanden sind. Es scheint, daß der Bergbau wie bei Falkenhagen, so auch im Amte Oldenburg für längere Zeit zum Stillstand gekommen ist.

Etwa anderthalb hundert Jahre später, im Jahre 1749, wurden die Versuche bei Marienmünster wieder aufgenommen. Zwei Bergleute aus dem Hessenlande, Johann Georg Wybach und Johannes Schneider, hatten von der Paderborner Hofkammer die Erlaubnis erhalten, am Schmiede- und Hungerberge unweit Marienmünster nach Erzen zu suchen.¹⁾ Nun teilen sie mit, daß sie „eine gute Anzeige an Silbererz und davon bereits der fürstlichen Hofkammer eine Probe präsentiert hätten“. Der Bergbau bei Marienmünster solle demnächst „in 125 Ruten, folgsam in 25 Stämmen bestehen“. Sie hätten die Absicht, vier Stämme auf ihre Kosten gegen Entrichtung des Zehnten und der Rezeßgelder nach der in benachbarten Landen üblichen Bergordnung zu betreiben. Die übrigen Stämme könnten also von der fürstlichen Hofkammer oder anderen, die dazu Lust hätten, bergmännisch gebaut und ausgebeutet werden. Dem Fürsten stände ein ansehnlicher Nutzen in Aussicht. Sie bitten um die Belehnung mit den vier Stämmen und um Schutz gegen jegliche Beeinträchtigung, vornehmlich seitens des Klosters Marienmünster, das sich bereits unterstanden habe, sie in ihrer Arbeit zu stören. Der erbetene Schutz wurde Wybach und Schneider am 20. August 1749 zugesagt. Da weitere Akten nicht vorhanden sind, läßt sich nicht mehr feststellen, wie lange und mit welchem Erfolge die beiden bei Marienmünster tätig gewesen sind.

Bald darauf wurden an einer andern Stelle des Amtes Oldenburg Mutungen auf Kohlen unternommen. Am 1. September 1751 berichtet nämlich der lippische Amtmann Kadau aus Schwalenberg an die Regierung

¹⁾ Staatsarchiv Münster, Paderb. Hofkammer, VII Nr. 283. Es ist dies das einzige Aktenstück, das über den Bergbau bei Marienmünster im genannten Archiv vorhanden ist.

in Detmold,¹⁾ daß der waldeckische Salzinспекtor Jung zu Pyrmont mit Erlaubnis der Paderborner Regierung vor etwa 14 Tagen angefangen habe, bei Langenkamp,²⁾ einem Dorfe im Amte Oldenburg, durch zwei Bergleute bohren und graben zu lassen. Da es scheine, daß man Lippe bei dieser Angelegenheit auszuschließen versuche, so erstatte er pflichtgemäß Bericht. Die lippische Regierung fordert darauf den Amtmann auf, Erkundigungen einzuziehen, ob in alten Zeiten bei Marienmünster ein Bergwerk angelegt worden sei. In Detmold könne man sich dessen nicht erinnern.

Der Amtmann kam diesem Befehle am 9. September 1751 nach und berichtete folgendermaßen: Auch er habe niemals gehört, daß ehemals bei Marienmünster ein Bergwerk angelegt worden sei. Doch habe es seine Richtigkeit, daß dort vor etwa 15 Jahren Steinkohlen durch einen Schmied aus dem nicht weit davon entlegenen Flecken Börden entdeckt und von ihm auch eine Zeitlang heimlich benutzt worden seien. Als aber den Patres von Marienmünster dieses kund geworden, hätten sie die weitere Benutzung durch Vermauerung verhindert, und wie verlautete, sollten sie auch durch „ein Stück Geld dem Schmiede Verschwiegenheit imponiert“ haben. Vor etwa drei oder vier Jahren habe aber Paderborn in gedachter Gegend am sogenannten Hungerberge³⁾ hin und wieder visitieren lassen. Da nichts weiter daraus geworden sei, habe er einen Bericht nicht für notwendig gehalten.

Hingegen sei ihm zuverlässig bekannt, daß im Amte Schwalenberg, und zwar am Isenberg zwischen der Rischenauer Mühle und der sogenannten Kollergrund, vor ungefähr 200 Jahren ein Eisenbergwerk gewesen sei, und daß etwas weiter herunter am Bach bei dem Elbringer Wennerbruch die Hütte⁴⁾ gestanden habe. Als Beweis hierfür befände sich in Rischenau noch eine große eiserne

¹⁾ Lipp. Landesarchiv H III 1 Amt Oldenburg.

²⁾ Dieser Ort hieß kurz nach dem dreißigjährigen Kriege noch Nieder-Niese. Vgl. dazu die Abhandlung in den Miscellen dieses Bandes.

³⁾ Nördlich von Börden.

⁴⁾ Es wird die Hütte sein, mit deren Bau Ist im Jahre 1593 begann. (Vgl. Weerth S. 76.)

Feuerplatte, worauf nur allein das lippische Wappen¹⁾ sich befindet und die Taufe Johannis; die Schrift sei wegen des Ruffes nicht mehr vollkommen zu lesen. Auch in der Rischenauer Mühle wäre ein Ofen, der auf beregter Hütte gegossen sei, aber ohne lippisches Wappen. Die Baderborner Regierung behaupte, daß sie bei diesem Bergwerk und bei dieser Eisenhütte mitinteressiert sei. Der Geheime Rat und Droste von Mengersen habe das wiederholt erklärt und sich dabei auf einen Rezeß berufen, von dem er ihm öfter eine Abschrift versprochen habe. Er habe sie aber noch nicht erhalten.

Ferner müsse er noch berichten, daß Jung aus Pyromont aufgehört habe, bei Langenkamp zu graben unter dem Vorgeben, daß daselbst zwar Kohlen vorhanden seien, aber zu tief lägen. Jung habe nun angefangen, im Amte Schwalenberg, und zwar am Kaltenplacken im Falkenhagischen lippischen Anteils, zu suchen. Aber die Patres zu Falkenhagen hätten gestern dagegen Einspruch erhoben, obwohl jene Bergleute sich auf den Baderborner Consens berufen und auch Schriftliches darüber vorgezeigt hätten. Sie hätten gedroht, den Bergleuten die Instrumente abzunehmen, und der Pater Superior habe sich dabei vernehmen lassen, daß beide Regierungen den Consens erteilen müßten. Es bestände zudem die Frage, ob solches überhaupt geschehen könne, da Waldungen und Hude doch ihnen gehörten.

Der Biesterfeldische Rat Becker, den er befragt habe, wisse ebenfalls nichts von einem Bergwerke bei Marienmünster, wohl aber von dem Eisenbergwerke bei Rischenau. Der Amtmann verspricht zum Schluß, weitere Nachforschungen anstellen zu wollen. Sie scheinen jedoch ohne Erfolg gewesen zu sein, denn ein Bericht darüber fehlt.

Aus dem Gesagten geht mit Deutlichkeit hervor, daß man auch im 18. Jahrhundert bei Falkenhagen bergbauliche Versuche gemacht hat, und weiter, daß man jetzt auch nach Kohlen schürfte. Die Erzählung von dem Schmiede aus Börden, der bei Marienmünster heimlich Kohlen gegraben haben soll und schließlich von den Mönchen des Klosters daran gehindert wurde, ist sicher in das

¹⁾ Also nicht auch das Baderborner.

Reich der Fabel zu verweisen. Ähnliches wird auch von einem Schmiede aus der Umgebung von Falkenhagen unter der dortigen Bevölkerung erzählt.

Die jetzt folgende an Kriegen reiche Zeit war gewerblichen und industriellen Unternehmungen wenig hold. Der siebenjährige Krieg hat auch das lippische¹⁾ und Paderborner²⁾ Land arg mitgenommen. Wie schwer die Umgegend von Marienmünster unter diesem Kriege zu leiden gehabt hat, zeigt das Tagebuch³⁾ der Marienmünsterschen Abte, in dem fast Tag für Tag verzeichnet steht, was sich während des Krieges in und um Marienmünster zugetragen hat. Dieses Tagebuch berichtet auch, daß nach dem siebenjährigen Kriege in jener Gegend ein pensionierter Leutnant vom hannoverschen Jägerkorps, namens Höper, zurückgeblieben sei. Dieser Mann habe angefangen, in der Gegend und auf klösterlichen Gründen Erz zu suchen.

Höper begann seine Tätigkeit gegen Ende der sechziger Jahre des 18. Jahrhunderts. Wie aus den Detmolder Akten⁴⁾ hervorgeht, hatte er am 14. Dezember 1769 von Paderborn die Konzession zum Schürfen nach Erzen erhalten. Mitinteressent war der Rentmeister Kleinschmidt, der wahrscheinlich das Geld für das Unternehmen vorstreckte. Laut Paderborner Konzession durften beide Mitgewerken annehmen. Das Bergwerk sollten sie gemäß der kurkölnischen Bergordnung betreiben. Von diesen Vorgängen erhielt die lippische Regierung Nachricht, deshalb richtete sie am 8. Mai 1770 ein Schreiben an die Paderborner Regierung folgenden Inhalts: Es sei ihr berichtet worden, daß der Leutnant Höper zu Börden und der Rentmeister Kleinschmidt zu Steinheim von der Paderborner Regierung die Erlaubnis erhalten hätten, im Oldenburgischen nach Steinkohlen und Erzen zu schürfen, und daß sie im Begriff ständen, zwei Gruben zu eröffnen. Als Condominus verlangte sie, daß den Gewerken aufgegeben würde, auch in

¹⁾ Vgl. Weerth, Die Grafschaft Lippe und der siebenjährigen Krieg, Detmold 1888.

²⁾ Stoffers, Das Hochstift Paderborn zur Zeit des siebenjährigen Krieges, diese Zeitschrift 69 II u. 70 II.

³⁾ Coder 28 des Alttextumsvereins in Paderborn.

⁴⁾ Lipp. Landesarchiv H III 1 Amt Oldenburg.

Detmold den Erlaubnißschein einzuholen. Ob Paderborn diesem Verlangen nachgekommen ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Erst am 2. Dezember 1770 richtete Höper an die lippische Regierung das Gesuch um Bewilligung der Konzession. Er bittet, sie möglichst bald auszustellen und an den Kaufmann Kopp in Schwalenberg zu schicken. Das geschah am 14. Dezember 1770. Man verpflichtete Höper ebenfalls auf die obengenannte Bergordnung. Von seinen Funden soll er unter Benennung des Fundortes Anzeige machen.

Bevor Höper von Lippe die Konzession zum Schürfen erhalten hatte, nahm er bereits die lippischen Forsten für sein Unternehmen in Anspruch.¹⁾ Am 18. Mai berichtet nämlich der Oberförster aus Schwalenberg nach Detmold, daß der Bergmeister von ihm Eichenholz verlangt habe. Er habe sich zwar geweigert, aber der Amtmann Capaun habe eine Verordnung von 1751 vorgezeigt des Inhalts, daß in Bergfachen Holz gegen Bezahlung angewiesen werden solle. Daher habe er gestern fünf Eichen angewiesen. Daraufhin verfügte die Regierung, daß zum weiteren Schlagen erst Erlaubnis einzuholen sei.

Höper scheint aus der Tatsache, daß die lippische Regierung verlangte, auch bei ihr die Konzession zum Schürfen einzuholen, geschlossen zu haben, daß sie ein großes Interesse für sein Unternehmen habe. Und dieses vermeintliche Interesse suchte er alsbald für sich auszunutzen. In einem Schreiben²⁾ an den lippischen Kanzler Reimann bittet er, die angefangene Gewerkschaft zu unterstützen, damit der von ihm erschürfte Silber- und Kupfergang besser betrieben werden könne. Die Leute der hiesigen Gegend (um Marienmünster) könnten, wenn sie nur halb menschliche Denkart hätten, wohl das Ihrige zur Förderung eines so gemeinnützigen Werkes beitragen.

¹⁾ Vorausgesetzt, daß sich dieses Schriftstück, welches sich in Detmold bei den Höperischen Akten befindet, auf diesen bezieht. Man könnte dabei auch an den Bergbau im Amte Schwalenberg denken, der damals nicht ruhte, wie Weerth S. 79 annimmt. Auch Höper schreibt davon in einem Postskriptum: „Es wird sich finden, ob mein oder das Schwalenberger Bergwerk die ersten Früchte trägt.“

²⁾ Datiert: Hohehaus (Pfarrei Marienmünster), den 18. Februar 1771.

Aber er dürfe sich auch aus der Ursache nichts von „assistance“ versprechen, weil man ihm als einem Keher die Ehre der Entdeckung nicht gönne, wozu die Dörsen doch zu dumm seien, obgleich der Haufe der armen Laien mit großem Verlangen auf das Zustandekommen des Werkes hoffe.

Mit den „dummen Dörsen“, die Höper in Gegensatz zu den „armen Laien“ bringt, können nur die Mönche aus Marienmünster gemeint sein, bei denen er vielleicht eine Abfuhr erlitten hatte.¹⁾ Durch solche Aeußerungen wollte er offenbar die lippischen Räte gefügig machen, ihn als ihren Glaubensgenossen unter rein katholischer Bevölkerung zu unterstützen. Er ließ sogar durchblicken, daß er gegebenenfalls die Paderborner Regierung und seinen Mitgewerken Kleinschmidt hintergehen werde; denn, so sagte er weiter in dem Schreiben an den Kanzler, er glaube nicht unrecht zu tun, wenn er seinen Glaubensgenossen getreuer sei als solchen, denen schon von Kindsheinen an das principium beigebracht sei: Haeretico non est servanda fides. Seinem Kompagnon Kleinschmidt gabe er noch nichts von der Entdeckung des Eisensteins gesagt; denn er wüßte, daß dieser ihn solange schikanieren würde, bis er den Eisenstein seinem guten Freunde und Verwandten, dem Faktor Ulrich²⁾ in Altenbeken, zugeschanzt hätte, damit dieser des dreizehnhündigen kostbaren und beschwerlichen Transports aus dem Sauerlande überhoben würde. Seitens der lippischen Regierung möge also sofort, ehe der Rentmeister Kleinschmidt zu ihm käme, ein beeidigter Mann hergeschickt werden, dem er sich ruhig anvertrauen könne. Mit diesem wolle er mündlich bereden, was schriftlich schlecht zu erledigen sei. Zum Deputierten schlage er den Münzmeister aus Lemgo vor; dieser solle nach Schwalenberg kommen, wohin man ihn (Höper) unter dem Vorwande einer alten Bekanntschaft holen könne, damit man dort bei Marienmünster nichts merke.

¹⁾ Das wäre leicht erklärlich; denn der Siebenjährige Krieg hatte das Kloster fast an den Rand des Verderbens gebracht, und die Hannoveraner, zu denen Höper gehörte, hatten reichlich dazu beigetragen.

²⁾ Vgl. diese Zeitschrift Bd. 70 II S. 271 ff.

Diesem an den Kanzler Heimann gerichteten Briefe fügte Höper ein Schreiben an die lippische Regierung und einen „Riß“ mit Erläuterungen bei.¹⁾ Aus dem Schreiben, das sich zum größten Teil in denselben Gedankengängen bewegt, wie der Brief an den Kanzler, sei folgendes mitgeteilt: Höper dankt für die Erteilung der Konzession und schickt auftragsgemäß eine Probe des Erzes ein. Der beigelegte Stein sei eine halbe Stunde von Marienmünster nach Schwalenberg²⁾ zu von ihm erschürft worden. Er versichert zugleich, daß dergleichen Sorten nicht nur an dem genannten Orte allein, sondern auch an anderen, auf dem Risse verzeichneten Stellen gefunden seien. Er habe dort ebenfalls geschürft und soviel Eisenstein entdeckt, daß ein Hochofen jahraus jahrein im Gange sein könne. Es würde ihm zwar nicht schwer fallen, diese seine „Erfindung“ auf eine für ihn einträgliche Art nutzbar zu machen; aber er wäre dort allein, und möglicher Weise würde man ihm auch wegen seines Glaubens alle möglichen Hindernisse bereiten, damit das gemeinnützige Werk nicht zustande käme. Deshalb wolle er, ehe er den Fund durch einen Unternehmer oder durch eine Eisenschmelzerei ausbeuten lasse, bei der lippischen Regierung anfragen, ob sie geneigt sei, den Eisenstein selbst auszuheben und einen Hochofen anzulegen, zumal da noch keiner im Lande sei. Er werde den Eisenstein der Regierung gegen ein Billiges überlassen. Diese möge einen bergverständigen Mann herschicken, sie würden dann sehen, daß sein Vorschlag alle Beachtung verdiene. Seine Absichten seien rein, aber er bitte, seine Meldung vor der Hand geheim zu halten, „wegen der andern Seite“, denn sie gehe nicht auch zugleich nach Baderborn.

Damit die Regierung ganz sicher gehe, solle sie einige Bergleute 8—10 Tage arbeiten lassen. Die Kosten würden etwa 15—18 Reichstaler betragen. Zur Sicherung der

¹⁾ Auf dem „Riß“ befindet sich folgendes Chronostichon: „MInera ferrI aperIt Vr In PraefeCtUra OLDenbVrgICa“. Es ergibt die Jahreszahl 1770. Höper bemerkt dazu in dem Briefe an Heimann: „Mich deucht das ungezwungene Chronostichon sey ein gutes Omen.“

²⁾ Ungefähr 5 km nördlich von Marienmünster gelegen.

Regierung füge er eine Obligation¹⁾ über 20 Reichstaler bei. Er glaube nicht, daß ihr jemals wieder ein so günstiges Angebot gemacht würde. Sollte es aber wider Erwarten nicht angenommen werden, so möge man ihm keine Hinderung in den Weg legen, wenn er mit einem Unternehmer seinen Fund ausnütze.

Zu dem beigefügten „Riß“ gibt Höper folgende Erläuterungen:

1. Ein Hochofen könne an der sog. Laternbecke,²⁾ welche gleich unter der Oldenburg fließt, wegen der außerordentlich guten Lage mit geringen Kosten erbaut werden.

2. Wenn von den Fundorten, woher die eingeschickte Probe stamme, der Eisenstein zu einem Hochofen nicht ausreichen sollte, so würde die weiteste Entfernung von den anderen Fundorten bis zum Hochofen nur eine dreiviertel Stunde sein. Andere Betriebe müßten den Eisenstein viel weiter herholen, z. B. Altenbeken aus dem Sauerlande.

3. Das Eisen, welches in der Gegend verbraucht würde, wie z. B. eiserne Defen und Löpfe, besorge der Jude Gumpel aus Schwalsenberg von Holzminden. Die Holzmindensche Faktorei aber habe ihren eigenen Hochofen eingehen lassen müssen aus Mangel an Eisenstein, deshalb hole sie das Eisen neun Stunden Weges von Altenbeken. Folglich müßten die lippischen, paderbornschen und corvey'schen Untertanen aus dritter und vierter Hand kaufen.

4. Der Profit, den die Altenbekenschen und Holzmindenschen Fabriken aus der Gegend zögen, könnte also gut im Lande bleiben, und die Untertanen würden das Eisen wenigstens um ein Viertel wohlfeiler kaufen können.

5. Den ersten von ihm entdeckten Eisenstein habe er durch den wolfenbüttelschen Bergverwalter Däßen von der Karlsruhte auf eigene Kosten in Augenschein nehmen lassen. Dieser habe den Eisenstein approbiert und versichert, daß

¹⁾ Sie war auf den Namen des Kanzlers ausgestellt. Eine Randbemerkung besagt: „Ist sogleich remittirt worden, weil sie auf mich lautete. R(eimann).“

²⁾ Ein kleiner Bach zwischen Oldenburg und Marienmünster, der heute noch so heißt; in der Nähe der „Laternplatz“, früher oft der Lagerplatz von Zigeunerbanden.

er mit dem im braunschweigischen Amte Wickenfen „accurate“ übereinkomme; wie dort, könne er auch bei Marienmünster ohne das mindeste Holz gewonnen werden. Daßen werde auf 14 Tage einen geschulten Bergmann schicken, der andere in der Gewinnung des Eisensteins unterrichten solle.

6. Einen Eisengang (im Riß mit Ia. bezeichnet) habe er bis ins Corveysche, beinahe anderthalb Stunden Weges, nachgespürt, und ihn dort ebenso gefunden, wie bei Marienmünster. Es ließe sich demnach beurteilen, daß es in der Gegend an Eisenstein nicht fehle.

Höper ließ es, das geht aus dem Gesagten klar hervor, an nichts fehlen, um die lippische Regierung zur Teilnahme an dem Unternehmen zu bewegen. Aber selbst die so sehr hervorgehobene Glaubensgemeinschaft vermochte diese nicht zu bewegen, ihm auch nur einen Pfennig vorzustrecken. Und gerade die Tatsache, daß er die Obligation über 20 Reichstaler an den Kanzler Reimann einschickte, wurde ihm zum Verhängnis.

Die Rentkammer erklärte am 28. Februar 1771, daß sie den Leutnant Höper der Sache nicht für gewachsen halte. Zudem mangle es an Brennstoff, da die Gegend holzarm sei, und man Kohlen dort vergeblich gesucht habe. Wenn schon jetzt im Anfange die Schwierigkeiten so groß seien, daß Höper 18 Reichstaler Vorchuß fordere, so sei leicht einzusehen, daß man noch mehrere Hundert zusetzen müsse, wenn man sich erst einmal mit der Sache eingelassen habe. Höper solle der Konzession gemäß nach seinem Gutdünken handeln. Hindernisse würden ihm nicht bereitet werden. Einer der Räte fügte noch hinzu, dem Grafen käme ohnehin der Zehnte von dem Unternehmen zu, das wäre besser, als sich selbst mit der Sache zu befassen. Der Amtmann Capaun wurde beauftragt, dem Höper die abschlägige Antwort der Regierung zu übermitteln.

Bevor diese überhaupt abgefaßt worden war, war bereits die oben erwähnte Obligation über 20 Reichstaler dem Höper wieder zugestellt worden. Aus dieser Tatsache schloß er mit Recht, daß er von Seiten der Gräflichen Regierung nichts zu hoffen habe. Er bat daher um schnelle Antwort, damit er in seiner Arbeit nicht aufgehalten werde. Da die Antwort negativ ausfiel, suchte

Höper nunmehr andere Kreise für sein Bergwerk zu interessieren; und er hatte jetzt mehr Glück. In Hörter fand er finanzkräftige Leute, die sich für sein Unternehmen einsetzten. Er wußte, wie der Abt von Marienmünster schreibt,¹⁾ die Sache so plausibel zu machen, daß die Zahl der Interessenten fast bis auf 50 stieg. Und so konnte Höper schon am 30. August 1771 nach Detmold berichten, daß die Gewerkschaft nunmehr durch den Fürstlich Corvey'schen Hofbuchdrucker Herrenkind gebildet, und der künftige Bergbau im Beisein der Kanzler Frechs und Kühns und der übrigen Mitglieder reguliert sei. Seit voriger Woche ständen ihm auch zwölf Bergleute zur Verfügung, wovon vier im Schacht zu Entrup,²⁾ vier im Stollen zu Marienmünster und vier an zwei (anderen) Orten auf Eisenstein arbeiteten, und zwar unter Inspektion des Obergrubensteigers Wöhlings, den er vom königlichen Bergamt in Klauzthal erbeten habe.

Nach Bildung der Gewerkschaft war es notwendig geworden, daß Höper sich von beiden Regierungen die Konzession erneuern ließ. Dies geschah von Paderborn am 3. Juli 1771 und von Lippe am 10. September desselben Jahres. Mit dem Rentmeister Kleinschmidt aus Steinheim hatte sich Höper gründlich überworfen. Dieser sei, so teilte er der Regierung mit, eines „offenbaren falsi“ überführt worden und daher mit Erlaubnis des Fürstbischofs zu Paderborn einstimmig aus der Gewerkschaft ausgeschlossen worden.

Der letzte Bericht zeigt, daß Höper seine Tätigkeit auch auf die weitere Umgebung von Marienmünster ausdehnte. Mit der Zahl der Geldgeber scheint auch seine Unternehmungslust gestiegen zu sein. Leider war der Erfolg seiner Arbeit ein negativer. Die Akten schweigen für die folgenden drei Jahre, doch erhalten wir aus dem Bericht des Abtes Ahn von Marienmünster Aufschluß über den Verlauf der Arbeiten Höpers.³⁾ Der Prälat schreibt nämlich, nach Bildung der Gewerkschaft habe Höper angefangen, rings um das Kloster bald hier, bald dort Versuche anzustellen. Endlich hätte er „gleich unter dem

1) Codex 28 des Altertumsvereins in Paderborn.

2) Ungefähr 4 $\frac{1}{2}$ km westlich von Marienmünster.

3) Codex 28 des Altertumsvereins.

Kellnersteiche¹⁾ zur rechten Hand“ einen Stollen angelegt. Daran habe man über ein Jahr gearbeitet. Doch dann sei er verlassen worden, weil nach der Erklärung der Bergleute das Wasser die Arbeit zu stark behindere.

Da sich nach mehr als einjähriger Arbeit ein Erfolg nicht zeigte, werden sich die Gewerken von dem Unternehmen zurückgezogen haben. Aber Höper ließ den Mut nicht sinken, er gewann neue Interessenten, und im Frühjahr des Jahres 1775 ließ er sich die Konzession vom Bischof von Paderborn erneuern und auf Conrad Haimars und Friedrich Arnold Kreckeler ausdehnen und zugleich die Erlaubnis zur Annahme von noch weiteren Mitgewerken erteilen. Der bereits angelegte Versuchsschacht am Schmiedeberge²⁾ darf weiter ausgebaut werden. Um ganz sicher zu gehen, hatte sich Höper das Gutachten eines angesehenen bergverständigen Mannes eingeholt, nämlich des waldeckischen Berginspektors und Bergrichters H. Waldschmidt.³⁾ Dieser befandete unter dem 29. April 1775, daß er verschiedene Steine, die bei Marienmünster gefunden seien, genau betrachtet habe. Einen, den er mit einem weißen Faden umwunden und dem er seine Pett-schaft angehängen habe, befände er dergestalt, „daß, weil daran weißguldene Erzfunkten sichtbar, solches eine hoffnungsvolle Anzeige und allemal würdig sei, daß darauf ein bergmännischer Versuch . . . gemacht würde“. Dieses Gutachten reichte Höper der lippischen Regierung ein, und daraufhin erhielt er am 23. Mai 1775 erneut die Konzession, aber keine geldliche Unterstützung.

Daß auch dieser Versuch wiederum erfolglos war, berichtet der Abt von Marienmünster. Er schreibt, im Sommer 1775 hätten wiederum zwei andere⁴⁾ unter Anführung des Leutnants Höper angefangen, Erz zu graben, und zwar „im sogenannten Kellnersloche“⁵⁾ in der Grund linker Hand am Brederwege. Auch dieses Unternehmen,

¹⁾ Ostlich von Marienmünster am Wege nach Kleinenbreden.

²⁾ Bei Marienmünster; an dessen südlicher Seite lag der Kellnersteich.

³⁾ Vgl. diese Zeitschrift Bd. 70 II S. 274.

⁴⁾ Es werden die obengenannten Haimars und Kreckeler gewesen sein.

⁵⁾ Vgl. oben Anm. 1.

so fügte er später hinzu, sei wieder aufgegeben worden, nachdem man den ganzen Sommer über umsonst gearbeitet habe.

Von 1775 an schweigen die Akten für eine Reihe von Jahren über den Bergbau bei Marienmünster. Aber Höper hatte nicht geruht. Laut Bericht des Abtes von Marienmünster gelang es ihm sogar, vom Bischof von Paderborn eine Geldsumme für sein Unternehmen zu erhalten, was er bei der lippischen Regierung vergeblich versucht hatte. Zum Jahre 1783 vermerkt der Abt in seinem Tagebuche, vor zwölf und mehr Jahren habe Höper angefangen, „in hiesiger Gegend und auf klösterlichen Gründen Erz zu suchen, und nachdem er viele succesive angeführt, die der Kosten und des Suchens müde geworden, so hat er endlich dieses 1783. Jahr durch sein Graben Ihro Hochfürstl. Gnaden, unsern Fürsten bewogen, Hand an das Werk zu legen; nachdem aber Höchstdieselbe ohngefähr 70 Reichstaler darzu hergeschossen und einen Bergverwalter aus dem Hessischen expres zwei mal kommen lassen, um das Berwerk zu untersuchen, so ist die Sache liegen geblieben, ohne Zweifel, weil dieser Bergverständiger befunden, daß keine hinlängliche indicia zum Erz da seien“.¹⁾

Trotz dieses neuen Mißerfolges verfolgte Höper sein Ziel mit großer Zähigkeit weiter und bat durch den Amtmann Overbeck in Schwalenberg erneut um die Konzeption seitens der lippischen Regierung. In einem Schreiben vom 10. November 1789 heißt es, er habe noch jederzeit die besten Anzeigen erschürft, aber durch allerlei Rabalen und Schikanen, teils auch durch das Unglück, das der Steiger Meyer gerade zu der Zeit, als die besten Anzeigen augenscheinlich und handgreiflich gewesen seien, das Genick abgestürzt habe, sei alles vereitelt worden. Er sei aber seiner Sache gewiß und habe vor einiger Zeit wieder geschürft und in einer Tiefe von ungefähr $3\frac{1}{2}$ Lachter²⁾ dergleichen Anzeigen gefunden, wie er sie in der miteingeschickten Probe vorlege. Da er

¹⁾ Letzte Eintragung des Abtes Ahn, der am 1. Sept. 1784 resignierte.

²⁾ Ein im Bergbau gebräuchliches Längenmaß von ungefähr 2 Meter.

gewillt sei, der Sache mit einer Gewerkschaft nachzugehen, so bitte er um die Konzession, die der Fürstbischof von Paderborn bereits erteilt habe (21. Oktober).

Der Amtmann Overbeck machte zu der eingeschickten Probe die Bemerkung, der beigefügte Stein könne wohl Bleiglanz enthalten, wovon sich hin und wieder Spuren im Amte Oldenburg fänden. Man könne nicht begreifen, worauf Höper Hoffnung habe, doch möge man ihm die Konzession erteilen unter der Bedingung, daß er von allen Funden Anzeige mache.

Höper setzte sich nun mit dem Faktor Ratorp¹⁾ in Altenbeken in Verbindung. Dieser erklärte aber, die von der lippischen Regierung am 24. November 1789 erteilte Erlaubnis erschiene ihm dunkel, und wenn ein Bergbaulustiger etwas entdeckt habe, so sei er immer noch gefährdet; denn nach dem Wortlaut der Konzession sei die lippische Regierung berechtigt, nach Erstattung der angewandten Kosten das Werk selbst zu betreiben. Deshalb sei es notwendig, von der Rentkammer in Detmold nebst der Erlaubnis zum Schürfen auch die Mut- und Belehnung zu erhalten. Wenn er diese besitze, und sie dann übereingekommen seien, werde er sofort mit Schürfen anfangen.

Eine Abschrift dieses Briefes schickte Höper durch den Amtmann Overbeck nach Detmold und bat um die Belehnung mit dem Bergwerk und um Angabe, nach welcher Bergordnung er sich richten solle. Paderborn habe ihn auf die kurkölnische Bergordnung verpflichtet. Man möge die Sache beschleunigen, damit er möglichst bald mit der Arbeit beginnen könne, denn der Frühling sei nahe und die Bergleute seien angeworben.

Allzu große Eile zeigte die lippische Regierung nicht bei der Erteilung der Belehnung. Wenn sie auch auf den Bergbau im Amte Oldenburg keine großen Hoffnungen setzte, so schien sie doch nicht geneigt, ohne genaue Prüfung aller einschlägigen Fragen ihre Rechte an der Ausbeutung des Erzvorkommens aus den Händen zu geben. Sie verlangte daher die Einsendung eines Auszuges der kurkölnischen Bergordnung. Höper kam diesem Verlangen am 2. März 1790 nach, fügte auch Schrift-

¹⁾ Vgl. diese Zeitschrift Bd. 70 II S. 274 ff.

stücke bei, die seinen Lebenslauf betrafen, um deren Rücksendung er bat. Zugleich ersuchte er noch einmal um baldige Ausstellung des Mut- und Lehnscheines. Er wäre verdrießlich, denn ein jeder halte sich darüber auf, daß er noch nicht angefangen habe. Bei der guten Witterung hätte er schon wenigstens 3 Wochen lang arbeiten lassen können.

Aber Höper bekam die ersehnte Belehnung nicht. Die lippische Regierung scheint überhaupt nicht die Absicht gehabt zu haben, sie zu erteilen. Sie wußte immer wieder neue Gründe zu finden, um die Angelegenheit hinaus zu zögern. So verlangte sie am 22. März die Einsendung der ganzen kölnischen Bergordnung, um zu sehen, wieviel Lachter Feld diese für die Fundgrube bestimme, weil solches nicht in allen Bergordnungen gleich sei. Wenn dies geschehen sei, werde Höper den Nutzzettel unter Bestimmung der landesherrlichen Gerechtsame erhalten; das Schürfen sei ihm ohne weiteres gestattet.

Höper, der in seinen früheren Schreiben an die lippische Regierung sich stets sehr unterwürfig gezeigt hatte, wurde jetzt ungeduldig. Entrüstet schrieb er am 24. März 1790 nach Detmold, ihm und der ganzen Gegend sei es äußerst befremdlich und auffallend, daß er bis jetzt vergeblich auf die Belehnung habe warten müssen. Die Zeit sei ungewöhnlich schön, und in die sechs Wochen fruchtlos für ihn verstrichen. Mit der Paderborner Regierung sei er schon am 24. Oktober vorigen Jahres fertig gewesen, und von dort aus erkundige man sich nach dem Fortgange seines Bergwerkes. Er bitte nochmal um Beschleunigung der Sache.

Die Zusendung der ganzen kurkölnischen Bergordnung an die Fürstliche Regierung verzögerte sich bis zum 5. Dezember 1791; daher sah man sich in Detmold gar nicht zu großer Eile veranlaßt und erklärte, bevor eine Abschrift von der Bergordnung genommen würde, wolle man erst versuchen, diese durch den Buchhandel zu erhalten.

Wiederholt verlangte Höper die Rücksendung der Bergordnung. Man ließ ihm antworten, er möge sich gedulden. Endlich, am 28. Februar 1792, erfolgte die Rückgabe mit dem Bemerken, die Regierung habe jetzt

selbst eine Bergordnung angeschafft. Den Mut- und Lehnschein erhielt Höper nicht, wenigstens berichten die Akten nichts davon.

Weitere Nachrichten über Höper und sein Unternehmen waren nicht aufzufinden. Möglicherweise ist er um diese Zeit gestorben, denn er war wahrscheinlich damals schon ein betagter Mann. Die große Zähigkeit, mit der er sein Ziel verfolgte, fordert eine gewisse Bewunderung heraus, wenn auch die angewandten Mittel zum Teil zu verwerfen sind. Ein Erfolg wäre ihm immerhin zu gönnen gewesen.¹⁾

Im Verlauf unserer Abhandlung konnten wir feststellen, daß die hohen Erwartungen, die man anfangs auf den Bergbau bei Marienmünster setzte, mehr und mehr herabgeschraubt wurden. Graf Widukind wollte Gold und Silber gewinnen, die beiden hessischen Bergleute glaubten eine gute Anzeige von Silbererz gefunden zu haben; auch Höper spricht in seinem ersten Bericht an die Gräfliche Regierung noch von einem Silber- und Kupfergang, den er erschürft haben will. Das Hauptgewicht legt er aber bereits auf die Gewinnung des Eisensteines.

Gold und Silber sind tatsächlich in abbauwürdiger Menge in jener Gegend nicht vorhanden, aber Schwefelkies, Kupfer- und Eisenerz finden sich dort. Nach einer Mitteilung des Oberbergamtes in Dortmund²⁾ liegen im

¹⁾ Ueber Höper sei noch folgendes mitgeteilt: Er hatte als Leutnant im Hannoverischen Jägerkorps den siebenjährigen Krieg mitgemacht, war dann pensioniert worden und in der Umgebung von Marienmünster „hängen“ geblieben. Einen festen Wohnsitz scheint er anfangs nicht gehabt zu haben. Mehrere seiner Briefe sind aus Hohehaus, einem kleinen Dorfe in der Pfarrei Marienmünster, datiert. 1771 spricht er in einem Schreiben nach Detmold von der Absicht, sich mit den Seinigen in der Nähe des Bergwerks, und zwar im Amte Schwalenberg (wohl der Konfession wegen) niederlassen zu wollen. Er zog aber das ganz katholische Börden in nächster Nähe des „Bergwerks“ als bleibende Wohnstätte vor. Dort finden wir ihn später sogar unter den Ratsherren des Städtchens. (Frdl. Mitteilung des Herrn Archivf. kretärs Völker in Paderborn.) Eine Tochter Höpers, Amalie Caroline, heiratete am 24. I. 1792 den Schneider Joh. Heinrich Weber aus Börden (laut Eintragung im Kirchenbuch zu Börden, wie mir Herr Dechant Jacobi in Marienmünster frdl. mitteilte).

²⁾ Vom 10. Februar 1928.

Amte Börden, das zu einem großen Teile aus dem ehemaligen Amte Oldenburg besteht, folgende „Bergwerke“:

1. die Schwefelkiesbergwerke Anna I—V,
2. das Kupfererzbergwerk Deynhausen II,
3. die Eisenerzbergwerke Julianne, Philipp III, Bolmer I und Westerbruch II.

Nach Höpers vergeblicher Arbeit ruhten für einige Jahrzehnte die Bergbauversuche bei Marienmünster. Wann sie wieder aufgenommen worden sind, ließ sich aus Akten nicht feststellen. Jedoch wissen ältere Leute jener Gegend zu erzählen, daß in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in der Nähe von Marienmünster etwa ein Jahr lang nach Schwefelkies gebohrt worden sei, ebenso in den achtziger Jahren. Im Anfange des 20. Jahrhunderts wurden wieder umfangreiche Mutungen vorgenommen. Auf Grund der Funde arbeitete der Bergingenieur Fr. Schmidt von der Julianenhütte bei Allendorf im Sauerlande (wohl im Auftrage der Mutungsbesitzer) ein Gutachten¹⁾ aus. Es geht daraus hervor, daß bereits im Jahre 1902 von einer Hannoverschen Gesellschaft bei Kleinenbreden und Marienmünster Bohrungen vorgenommen worden waren. Beim erstgenannten Orte wurde bei einer Teufe von 8 m, beim letzten in einer Teufe von 10 m Schwefelkies angebohrt. Das Bergwerkseigentum hat, soweit es sich um Schwefelkies handelt, nach dem Gutachten von Schmidt eine Gesamtgröße von 10915000 Quadratmetern und erstreckt sich im Norden von dem Orte Born nach Kollerbeck, im Süden von Großenbreden nach Marienmünster bis fast zur Ortschaft Bredenborn. Schmidt geht dann auf die geologischen Verhältnisse der Gegend ein und stellt fest, daß die Gebirgsschichten im ganzen ein flaches Einfallen, schätzungsweise 10—15° nordwestlich, haben. An einigen Stellen sind sie nach ihm aber auch stärker aufgerichtet, so in einem Mergel-

¹⁾ Eine Abschrift davon befindet sich nebst einem dazugehörigen Meßtischblatt im Besitz des inzwischen verstorbenen Herrn Gastwirts Heitmeyer in Marienmünster. Durch freundliche Vermittelung des Herrn Dechanten Jacobi daselbst wurden mir diese Aktenstücke zur Benutzung überlassen. Beiden Herren sei auch an dieser Stelle herzlichst gedankt, besonders dem Herrn Dechanten, der mir in liebenswürdigster Weise mehrere Nachrichten besorgt hat.

schieferbruch südlich Marienmünster und in einem ausgehenden Rotsandsteinegel bei der Oldenburg. An letzter Stelle sind Faltungen mit südöstlichem Einfallen vorhanden, welche auf eine größere Muldenbildung in dem Gebiete von Marienmünster nach Kleinenbreden zu hinweisen.

In diesem Teile der Gegend wurden (wahrscheinlich im Jahre 1905) fünf Bohrlöcher angelegt, die sämtlich fündig waren. Im Schwefelkiesfelde Anna I (um Marienmünster herum) war das Resultat der Bohrer ein Schwefelkieslager von 2, 20 m Mächtigkeit. In Anna II (erstreckt sich östlich zwischen den Orten Großenbreden und Kollerbeck) schloß die Bohrung zwei Schwefelkieslager von 2, 20 m und 1, 87 m Mächtigkeit auf. Die beiden Lager waren durch ein Zwischenmittel von 8, 5 m getrennt, welches aus schwarzem Schiefer bestand. Die Bohrung im Felde Anna III (schließt sich westlich an Anna II an) hat das Schwefelkieslager erreicht. Da mit den primitiven Bohreinrichtungen die hier äußerst harten Schwefelkiese nicht durchbohrt werden konnten, wurde das Bohrloch verlassen, nachdem die natürlichen Ablagerungen durch den Bergrevierbeamten konstatiert waren. Da der Fundpunkt zwischen den Feldern I und II liegt, ist das Durchstreichen des Schwefelkieslagers hinreichend nachgewiesen. Die Bohrungen in den Feldern IV und V geschahen in nächster Nähe von Marienmünster. In Anna IV (erstreckt sich von Marienmünster bis etwa an die Straße Sommerfeld-Bredenborn) ergab die Bohrung 32 cm Schwefelkies. Das Bohrloch mußte auch hier verlassen werden, ohne den nachstehenden harten Schwefelkies durchbohrt zu haben. Dasselbe war bei Anna V (erstreckt sich etwa von der Kolonie Riepenberg, Gemeinde Kollerbeck, bis Born und biegt von da nach Marienmünster ab; Anna I ragt von Süden her in dieses Feld hinein) der Fall, woselbst zwei Mittel von je 62 cm durchbohrt wurden, ohne das Liegende erreicht zu haben.

Schmidt nimmt dann eine Berechnung der abzubauenen Schwefelkiesmenge vor. Dabei nimmt er, um sicher zu gehen, nur 2 m durchschnittliche Mächtigkeit an, obwohl mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen sei, daß in größerer Teufe noch unbekannte Ablagerungen

des Aufschlusses harrten. Unter obiger Annahme kommt er zu dem Resultat, daß die zirka 3000 m lange Schwefelkieslagerstätte 3 000 000 Tonnen oder 300 000 Doppelwaggons à 10 Tonnen Schwefelkies bergen. Bei einer täglichen Förderung von 25 Doppelwaggons zu 10 Tonnen würde das vorhandene Quantum für 40 Jahre ausreichen. Schmidt setzt dann auseinander, wie der Abbau der Felder am besten vorgenommen werden könnte. Bei Tiefbaubetrieb würden 10 Tonnen Schwefelkies frei Halde 60 Mk. kosten. Der Transport zur Eisenbahn könnte am besten durch eine schmalspurige Transportbahn der Landstraße entlang nach dem 10 km entfernten Staatsbahnhof Steinheim bewerkstelligt werden. Zinsen und Amortisation für diese Anlagen seien mit höchstens 20 Mk. für 10 Tonnen zu veranschlagen. Für den Meggener Schwefelkies würde ein Durchschnittspreis von 100 Mk. für 10 Tonnen ab Meggen gezahlt. Da aber der Schwefelkies von Marienmünster besser sei, wie die Analyse¹⁾ ergeben habe, so dürfe man mit Sicherheit annehmen, daß dafür mindestens 120 Mk. pro 10 Tonnen ab Station Steinheim gezahlt würden. Nach Abzug der Gesteinskosten (60 Mk.) und der Frachtkosten (20 Mk.) bliebe ein Verdienst von 40 Mk. für 10 Tonnen. Bei einer Jahresförderung von 7500 Tonnen ergäbe sich also ein Gewinn von 300 000 Mk. jährlich. Zusammenfassend schließt Schmidt sein Gutachten dahin, daß im beschriebenen Grubenkomplexe große Mengen Schwefelkiese abzubauen seien, und bei nur modernen Anlagen auch mindestens 40 Jahre ein lohnender Gewinn zu erzielen sei.²⁾

¹⁾ Schmidt teilt folgende Analysen mit: Es enthalten die Schwefelkiese

	von Meggen		von Marienmünster
Schwefel	32—41 %	Schwefel	53 %
Eisen	33—37 %	Eisen	47 %
Zink	4—10 %		ohne jeglichen Zinkgehalt

²⁾ Dem Gutachten liegen Abschriften der Verleihungsurkunden für die einzelnen Schwefelkiesfelder bei. Sie enthalten keine Namen, jedoch für jedes Feld ein Verzeichnis der beim Bohren durchstoßenen Schichten. Diese seien hier mitgeteilt: Es wurden durchstoßen im Felde Anna I: 4 Fuß Mutterboden, 1½ Fuß schwarzer Ton, 62½ Fuß schwarzer Schiefer, 7 Fuß Schwefelkies, zusammen 75 Fuß;

Das Gutachten ist abgefaßt am 16. Januar 1906. Zur selben Zeit nahm man auch Aufschlußarbeiten in Angriff. Aus Akten des Amtes Börden geht hervor, daß die Nutzungsbesitzer Gebrüder Rosenthal aus Düsseldorf beabsichtigten, bei Marienmünster und Kleinenbreden einen Schacht durch das Schwefelkieslager abteufen zu lassen. Im März war man bei Kleinenbreden an der Arbeit. Man scheint sie aber bald wieder eingestellt zu haben, denn nach Mitteilung des Oberbergamtes Dortmund geht aus den in Hamm lagernden Betriebsakten für Anna I—V hervor, „daß die im Jahre 1906 ausgeführten Aufschlußarbeiten nicht durchgeführt worden sind“.

Im Juli desselben Jahres war auch die Internationale Bohrgesellschaft aus Erkelenz bei Kleinenbreden tätig, wie aus einem Bericht des Betriebsführers Debus aus Erkelenz an das Amt Börden hervorgeht. Er teilt mit, daß er seit einigen Tagen mit drei Arbeitern damit beschäftigt sei, auf einer Wiese des Ackerwirts Lüke aus Kleinenbreden westlich von diesem Dorfe durch Handarbeit einen Schacht von 1,25 m Durchmesser anzulegen. Er handele im Auftrage der obengenannten Bohrgesellschaft und nehme nur bis auf weiteres Schürfarbeiten vor, die nach dem Berggesetze keiner Genehmigung der Bergbehörde und auch keiner Anzeige an diese bedürften. Das letztere

im Felde Anna II: 18 Fuß Lehm mit blauem Mergel (aufgetragener Boden), 2 Fuß schwarzer Ton, 7 Fuß schwarzer Schiefer, 7 Fuß Schwefelkies, 27 Fuß schwarzer Schiefer, 2 Fuß Schwefelkies, $\frac{1}{2}$ Fuß schwarzer Schiefer, $2\frac{1}{2}$ Fuß Schwefelkies, $\frac{1}{2}$ Fuß schwarzer Schiefer, $1\frac{1}{2}$ Fuß Schwefelkies, im ganzen 68 Fuß, ohne das untere Schwefelkieslager durchschlagen zu haben;

im Felde Anna III: $1\frac{1}{2}$ Fuß schwarzer Ton, 21 Fuß schwarzer Schiefer, zusammen $22\frac{1}{2}$ Fuß, sodann wurde die Bohrarbeit eingestellt. Beim letzten Auszug des Schlammlopfels . . . wurden mehrere, teils reine, teils mit Schiefer verwachsene Schwefelkiesstückchen hervorgeholt. Das sehr feste Gestein war nach Ansicht der Bohrer Schwefelkies;

im Felde Anna IV: 18 Fuß leittiger Ton, $1\frac{1}{2}$ Fuß schwarzer Ton, $17\frac{1}{2}$ Fuß schwarzer Schiefer, 1 Fuß Schwefelkies, zusammen 38 Fuß, sodann wurde die Bohrarbeit eingestellt, ohne den Schwefelkies durchschlagen zu haben;

im Felde Anna V: 12 Fuß leittiger Ton, $1\frac{1}{2}$ Fuß schwarzer Ton, $7\frac{1}{2}$ Fuß schwarzer Schiefer, 2 Fuß Schwefelkies, $\frac{1}{2}$ Fuß schwarzer Schiefer, 2 Fuß Schwefelkies, insgesamt $25\frac{1}{2}$ Fuß.

scheint dennoch geschehen zu sein, denn am 16. August 1906 teilte das Bergrevieramt in Hamm dem Amte Börden (vielleicht auf eine Anfrage) mit, daß der Betrieb dem Revierbeamten angemeldet sei. Wahrscheinlich wurde in dem zuletzt erwähnten Falle nach Kupfer- oder Eisenerz geschürft, die ja auch in der Umgebung von Marienmünster vorkommen. Laut Mitteilung des Oberbergamts in Dortmund enthalten die Akten in Hamm „außer den Fundesabnahmeprotokollen der drei letztgenannten Bergwerke über Lagerungsverhältnisse nichts“.

Als während des Weltkrieges die Einfuhr ausländischen Schwefels aufgehört hatte, wurden, wie bei Falkenhagen,¹⁾ so auch bei Marienmünster wiederum Schürfungen auf Schwefelkies vorgenommen. Monatelang wurde in den Jahren 1916—17 in der Nähe der Hoggkapelle an der Straße Marienmünster—Münsterbrok und in unmittelbarer Nähe des Dorfes Kleinenbreden gebohrt. Die „Kriegsschemikaliengesellschaft“, die bei Falkenhagen tätig war, wird auch in unserer Gegend die Untersuchungen vorgenommen haben und hier wie dort zu demselben Resultat gelangt sein, nämlich, daß unter den obwaltenden Umständen sich der Abbau nicht lohne. Mangel an Arbeitskräften und besonders die Transportschwierigkeiten werden dabei eine große Rolle gespielt haben.

Wenn wir nun zum Schluß die Frage aufwerfen, wie sich in der Zukunft der Bergbau bei Marienmünster gestalten wird, so lautet die Antwort: Das Vorkommen von Eisen- und Kupfererz ist wahrscheinlich zu gering, so daß ein Abbau kaum in Frage kommt. Dagegen ist Schwefelkies in abbauwürdiger Menge vorhanden. Jedoch ist das Vorkommen nicht so groß, daß das Erz ausreicht, um an Ort und Stelle ein Werk in Betrieb zu setzen. Wenn sich die Verkehrsverhältnisse in jener Gegend einmal gebessert haben werden — etwa durch eine Bahnverbindung Steinheim—Börden—Hörter oder Bergheim—Nieheim—Börden—Hörter²⁾ — dann wird auch die Zeit kommen, in der man an den Abbau des Schwefelkieses im ehemaligen Amte Oldenburg herantreten kann.

¹⁾ Vgl. Weerth S. 82.

²⁾ Eine derartige Bahn wurde schon einmal geplant zu Anfang dieses Jahrhunderts.